Gemeinsam gegen Fremdenfeindlichkeit: *Mehrere hundert Demonstranten versammelten sich gestern in Hofheim.* Foto Eilmes

„Leuchtendes Beispiel" für Toleranz

Christen, Juden und Muslime demonstrieren in Hofheim gemeinsam für Meinungsfreiheit und gegen fremdenfeindliche Strömungen.

höv. HOFHEIM. Mehrere hundert Menschen haben sich gestern Abend in Hofheim zu einer Kundgebung gegen Fremdenfeindlichkeit zusammengefunden. Vor dem Kellereigebäude hielten sie Kerzen und Taschenlampen in die Höhe, um ein „leuchtendes Beispiel" für Toleranz und Zusammenhalt zu geben, wie es in der Einladung zu der Versammlung hieß. Zu der Kundgebung aufgerufen hatte das Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit aus Parteien und Verbänden aus dem Main-Taunus-Kreis. Dazu gehören unter anderem CDU, SPD, Die Grünen, FDP, die Freien Wähler und Die Linke, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die christlichen Kirchen sowie muslimische und jüdische Gemeinden.

Landrat Michael Cyriax (CDU) sagte, im Main-Taunus-Kreis sei das Zusammenleben von Menschen aus mehr als 160 Nationen „von Freundschaft geprägt", die Einwanderer trügen zum Wohlstand bei. Er bat die Muslime darum, „radikalen Bestrebungen" innerhalb ihrer Glaubensgemeinschaft entgegenzutreten. Denn auch im Rhein-Main-Gebiet gebe es junge Männer, die für die Terrorgruppe „Islamischer Staat" kämpfen wollten.

Die Landtagsabgeordnete Nancy Faeser (SPD) zeigte sich beunruhigt von fremdenfeindlichen Strömungen, „die auch von der Pegida-Bewegung ausgehen". Dies erzeuge die „Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft". Als Asylsuchende kämen Menschen ins Land, um sich vor Krieg oder brutalen Menschenrechtsverletzungen in Sicherheit zu bringen. „Wer bei uns Zuflucht sucht, ist im Main-Taunus-Kreis willkommen", sagte Faeser.

„Nach christlicher Überzeugung kann eine Gesellschaft nur in Frieden leben, wenn unterschiedliche Überzeugungen, Lebensweisen und Kulturen in einem lebendigen Austausch stehen", sagte der evangelische Dekan, Martin Fedler-Raupp. Selcuk Dogruer, Dialogbeauftragter der Türkisch-Islamischen Union, berichtete, in den Moscheen seines Verbands hätten die Gläubigen beim vergangenen Freitagsgebet Allah darum gebeten, sie nicht auf den Weg des Zorns zu führen. „Es quält unser Gewissen", sagt er, zu sehen, wie andere im Namen des Islams Gewalttaten begingen. Die Religionsgemeinschaft stehe in der Verantwortung, Leben und Freiheit jedes Einzelnen zu schützen. Wenn ein Attentat auf Medienschaffende begangen werde, wie bei der französischen Zeitschrift „Charlie Hebdo", sei das ein Schlag gegen die Freiheit der Gesellschaft als Ganzes.

Jürgen Richter, Sprecher des Landesverbands der jüdischen Gemeinden in Hessen, rief Christen, Muslime, Juden und Atheisten dazu auf, sich „unterzuhaken" und sich gemeinsam für Demokratie und Meinungsfreiheit einzusetzen. „Pegida und ihre Ableger brauchen sich hier nicht sehen zu lassen, hier gibt es keinen Nährboden für sie", sagte Richter.